

Probleme im VDS-Vorstand!

Jungsozialisten-Hochschulgruppen (Juso-HSG) und Liberaler Hochschulverband (LHV) haben ihre Arbeit im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) eingestellt.

Auslöser dieser Arbeitsniederlegung ist eine "Dokumentation" über den Besuch des VDS-Vorstandes bei Willy Brandt und anderen SPD-Spitzenpolitikern, die der Vertreter der Basisgruppen auf Grundlage eines Basisgruppenbeschlusses trotz eines Vorstandsbeschlusses, der mit vier zu einer (BG) Stimme gefällt wurde, veröffentlicht hat. Juso-HSG und LHV halten eine Zusammenarbeit auf Grundlage solcher Vorgehensweise des BG-Vertreters für nicht mehr gegeben.

Der VDS ist der Dachverband aller deutschen Studentenschaften; in ihm sind rund 800.000 Studenten durch ihre Allgemeinen Studentenausschüsse vertreten. Der Vorstand des VDS wird jährlich auf einer ordentlichen Mitgliederversammlung - einer Versammlung aller ASTen, die dem VDS angehören - gewählt. Bisher bestand der VDS Vorstand aus je einem Vertreter von MSB-Spartakus und SHB, und je einem Vertreter von Juso-HSG, BG und LHV.

Die Frage der Zusammenarbeit wird in der Tat von Juso-HSG und LHV wesentlich anders gesehen als von den Basisgruppen. Die BG verstehen ihre Rolle in der VDS-Arbeit als "linke Opposition und streben die punktuelle Zusammenarbeit mit allen Fraktionen an den Punkten an, wo Gemeinsamkeiten bestehen, allerdings nicht um den Preis der Aufgabe eigener politischer Positionen." (Ali Schmeissner, 14.1.1978)

Die Basisgruppen gehen also von ihrer politischen Position aus und sind da, wo sich diese Positionen mit denen anderer Gruppen decken, zur punktuellen Zusammenarbeit bereit.

Juso-HSG und LHV verstehen dagegen ihre Aufgabe im VDS in der Zusammenfassung und Koordinierung der studentischen Aktionen und in der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen:

"Die Aufgabe des VDS bestimmen sich nicht unmittelbar aus den Interessen der einzelnen Gruppen; es ist daher nicht möglich - soll die Existenz

des VDS nicht unmittelbar gefährdet werden - die Theorie und Strategie einer Gruppe oder einer gerade aktuellen Mehrheit zur konstitutiven und einzig legitimen VDS-Strategie zu erheben." (Antrag der Juso-HSG zur VDS-MV 1974). "Die Jusos (akzeptieren) zwar Unterschiedlichkeiten in der politischen Einschätzung und unterschiedlichen Praxis der einzelnen Gruppen, ... aber im Rahmen einer gemeinsamen Arbeit ^{muß} innerhalb eines Verbandes eine konsensfähige politische Praxis entstehen"... (Juso-HSG Januar 1978).

Ebenso deutlich unterscheiden sich die Positionen von LHV und Juso-HSG, zu denen der Basisgruppen in der Frage, wie die Forderungen der Studentenschaften auch politisch durchgesetzt werden:

die Frage des Verhältnisses zu den Gewerkschaften und zu den politischen Parteien.

In den Auseinandersetzungen zwischen LHV, Juso-HSG und BG hat sich deutlich gezeigt, daß eine grundsätzliche Klärung von Funktion und Aufgabe des VDS für den Fortbestand der studentischen Doehorganisation existentiell notwendig ist. - Der Streik der Studenten im Wintersemester bewies zwar die Kampfbereitschaft der Studenten, trug zur verstärkten Information in der Bevölkerung bei und bewirkte z.B. auch bei den Gewerkschaften deutliche Stellungnahmen gegen die Anpassungsentwürfe, aber die entscheidenden Auseinandersetzungen um das HRG stehen noch aus.

Der VDS hat seine Aufgabe, die Aktionen der Studenten zu koordinieren und zu vereinheitlichen, nicht zufriedenstellend erfüllt.

Gerade in dieser Situation, in der einerseits CDU und Konsorten permanent versuchen, die Studenten und deren Organisationen: AstA, Fachschaften und VDS als kommunistische Tarnorganisationen zu diffamieren, und andererseits wir Studenten vor dem bisher größten Angriff von Staat und Kapital auf unser Studium stehen und wir die Unterstützung der Öffentlichkeit brauchen, um diese Angriffe abzuwehren - gerade jetzt ist die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen im VDS für einen von allen Studenten getragenen und erfolgreichen Kampf gegen HRG und die Anpassungsgesetze dringend erforderlich. Die Voraussetzung für die Zusammenarbeit von LHV, Juso-HSG und Basisgruppen müssen deutlich genannt und verbindlich für jede Gruppe endlich geklärt werden.

Dazu ist die kommende Mitgliederversammlung des VDS Ende Februar ein notwendiger Schritt. Es kann nicht darum gehen, isolierte Aktionen zu unternehmen, sondern wir brauchen einen für alle tragbaren Konsens über die politische Arbeit im VDS.